

Versicherer fürchtet Luxussanierung

Rechtsstreit zwischen Studentenwerk Marburg und dem Allianz-Konzern bahnt sich an

Für die Schadensregulierung des Hauses „Richtsberg 88“ wurde von der Versicherung bereits ein Millionenbetrag gezahlt. Die Allianz ist nun irritiert über die Sanierungsverzögerung und Klagedrohungen.

Fortsetzung von Seite 1
von Björn Wiscker

Marburg. Der Münchener Versicherungskonzern hat bereits im vergangenen Jahr einen Millionenbetrag auf das Konto des Studentenwerks Marburg überwiesen. Die ersten Zahlungen soll es im Oktober 2014 gegeben haben – womit nur noch eine Restsumme in niedriger sechsstelliger Höhe zur Deckung des Gesamtschadens offen wäre. Entsprechende OP-Informationen hat das Studentenwerk auf Nachfrage bestätigt.

„Wir sehen uns als Partner des Kunden und sind von Beginn an bemüht, alles so schnell wie möglich zu regeln“, sagt Sabine Schaffrath, Allianz-Sprecherin auf OP-Anfrage. Die Versicherung hält die letzte Zahlung offenbar nur zurück, weil das Studentenwerk noch keine endgültige Entscheidung über Sanierung oder Abriss samt Neubau – und etwaiger baulicher Neuerungen – getroffen hat.

Das stimme so nicht, entgegnet Franziska Busch, Studentenwerks-Sprecherin. „Unser Wunsch ist, das Haus zu sanieren und damit so schnell wie möglich dem studentischen Wohnungsmarkt wieder zur Verfügung zu stellen. Das wurde auch der Versicherung schon

mehrfach und bereits vor längerer Zeit so kommuniziert.“ Eine dementsprechende Baugenehmigung sei ebenfalls bereits vor einem Jahr beantragt worden – das liege der Allianz auch vor.

Ein Streitpunkt scheint zu sein, dass das Studentenwerk im Zuge einer geplanten Sanierung Extras einbauen will, die die Versicherung als unnötigen Zusatz erachtet. Denn es gilt: Solange es keine zwingend geltenden behördlichen Vorgaben gibt – etwa bei der Modernisierung des Brandschutzes – zahlt die Versicherung „das, was nötig ist und eben nicht das, was besser, schöner, teurer ist“, sagt Schaffrath. Beispiel: Sind laut geltender Vorschriften Brandschutztüren verlangt, wird das bezahlt. Nicht aber darüber hinausgehende Schutzsysteme, etwa automatische Feuerlöscher oder elektronische Rauchabsauger.

„Gefahr, auf erheblichen Kosten sitzenzubleiben“

Die ausgezahlte Summe richte sich grundsätzlich danach, dass qualitativ nach gleicher Art und Güte gebaut werde wie beim Ursprungshaus. Das beuge Luxussanierungen vor. „Wenn ein Einfamilienhaus abbrennt, kann der Eigentümer danach mit dem Versicherungsgeld keine Villa bauen“, erläutert Schaffrath. So würden dem Studentenwerk sämtliche Reparaturkosten erstattet – alternativ zur Kostenübernahme für Abriss samt Neubau. Eine Sanierung ist für die Versicherung teurer, sie akzeptiere aber die Entscheidung des Kunden und werde alles zahlen, was sie laut Regularien zahlen müsse.

Zwei Sachverständige – einer von der Versicherung, einer vom Studentenwerk beauftragt – haben 2014 Gutachten über den Immobilienwert und die Schadenshöhe erstellt. Diese sind von einer Kommission geprüft und bestätigt worden. Über die Ergebnisse und die Summen ist man sich demnach einig gewesen. Gezahlt worden sei bislang aber nur für Schäden, die „unstrittig festgestellt wurden“, etwa Evakuierungskosten oder Reinigungsmaßnahmen, heißt es vom Studentenwerk. Aus der Baugenehmigung ergeben sich laut Studentenwerk jedoch Auflagen, die „erhebliche Kosten verursachen“. Diese müsse die Versicherung tragen. Solange das



Für die Sanierung des Hochhauses „Am Richtsberg 88“ ist bereits eine Millionensumme von der Allianz-Versicherung in Richtung Studentenwerk Marburg überwiesen worden. Foto: Björn Wiscker

nicht geschehe, „können wir nicht handeln, ohne die Gefahr, auf diesen Kosten sitzenzubleiben“, sagt Busch. Das sieht die Allianz, die „verwundert“ über die angedrohte Klage ist, anders. Ein Großteil des Geldes sei bereits geflossen. Rechtsanwältinnen würden nun über die strittigen

Positionen verhandeln. Dabei sei die Allianz bereit, prompt die Restsumme zu zahlen, sobald das Studentenwerk sich für den Sanierungsbeginn entschieden habe.

Das Studentenwohnheim wurde bei einem Brand im Juni 2014 beschädigt und ist seit-

dem unbewohnbar. Zum zweiten Jahrestag gab es Proteste gegen die Versicherung – und auch ein Antrag von Piratenpartei und SPD, der heute (17 Uhr) im Sozialausschuss debattiert wird, kritisiert vor allem die Allianz wegen des Stillstands bei der Hochhaussanierung.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!
von
Björn Wiscker

Einen makaberer Humor haben die Stadtwerke vor einiger Zeit bewiesen. An der Eingangstür des bereits seit Sommer 2014 unbewohnbaren Studentenwohnheims „Am Richtsberg 88“ hängt ein Hinweiszettel, dass Mitte August 2015 das Wasser abgestellt werden wird. Nicht nur, dass zu dem Zeitpunkt schon lange kein einziger Mensch mehr in dem Hochhaus lebte. Vielmehr schwingt bei der Mitteilung unfreiwilliger Sarkasmus mit, wenn man sich erinnert, dass in dem Haus einst ein Feuer ausbrach. Immerhin schalteten die Stadtwerke ein Jahr zuvor, am Brand-Tag, das Wasser nicht ab. Das wäre dann wirklich schwärzester Humor gewesen.

POLIZEI

Belästigung: Zeugen gesucht

Marburg. Am Freitag, 24. Juni, wurde eine junge Frau gegen 0.40 Uhr von einem Unbekannten belästigt. Der Vorfall ereignete sich in der Leopold-Lucas-Straße. Ein etwa 50 Jahre alter Mann mit ungepflegter Erscheinung lief der jungen Frau nach und machte ihr immer wieder eindeutige Angebote. Er ist etwa 1,80 Meter groß, hat graue, ungepflegte Haare, trug ein dunkles Base-Cap und war komplett dunkel gekleidet. Auffällig ist, dass der Mann eine silberne grobgliedrige Halskette und eine dunkle Bauchtasche trug. Unterwegs sei der Mann mit einem Kleinwagen.

Zwei Einbrüche in einer Nacht

Marburg. Unbekannte haben in der Zeit von Sonntag, 20 Uhr, bis Montag, 13 Uhr, die Abwesenheit eines Wohnungsinhabers in der Kantstraße ausgenutzt, um bei ihm einzubrechen. Sie brachen die Tür zu seiner Wohnung auf. An der Tür entstand ein Schaden von mehr als 100 Euro. Ebenfalls in der Nacht von Sonntag ab 17 Uhr bis Montag, 19 Uhr, brachen Unbekannte die Hauseingangstür eines Mehrfamilienhauses in der Goldbergstraße in Cappel auf und durchwühlten zwei Kellerverschläge. Insgesamt entstand ein Schaden von mehreren hundert Euro.

Flasche gegen Bus geschleudert

Marburg. Aus einer Personengruppe heraus warfen Unbekannte am Samstag gegen 23.50 Uhr in der Frauenbergstraße eine Bierflasche gegen die Windschutzscheibe eines dort haltenden Linienbusses der Stadtwerke Marburg. An der Scheibe entstand ein Schaden von mehreren hundert Euro. Möglicherweise haben weitere Personen den Vorfall beobachtet und können weitere Angaben zum Sachverhalt machen.

Papiermülltonnen brennen

Ockershausen. In der Nacht zu Montag gegen 2.55 Uhr gerieten zwei blaue Mülltonnen in der Willy-Mock-Straße und eine blaue Mülltonne im Bergwiesenweg in Brand. Alle drei Mülltonnen brannten vollständig aus. Es entstand ein Schaden von mehreren hundert Euro. Die Polizei ermittelt nun die Brandursache.

Hinweise zu allen Fällen an die Polizei Marburg, Telefon 0 64 21 / 406-0.

ZEIT- UND NEUWERT

Versicherungen unterscheiden zwischen der Erstattung des Zeitwerts und des Neuwerts. Beim Zeitwert wird der Wert der Immobilie unmittelbar vor Schadenseintritt – also samt der bis dato geschehenen Abnutzung – ermittelt und erstattet. Die Erstattung des Neuwerts soll die exakten Bau- und Planungskosten, die vor Ort üblich sind, abdecken. Das Studentenwohnheim ist, wie die meisten vergleichbaren Immobilien, nach Neuwert versichert.

Abwahlenantrag der CDU setzt Bündnis unter Druck

Initiative gegen Kahle platzt mitten in die Vorbereitung der Koalitionsverhandlungen von SPD, Grünen und BfM



Dr. Franz Kahle soll als Bürgermeister abgewählt werden.

Archivfoto: Thorsten Richter

30 Stimmen müsste die CDU für ihren Antrag zusammenbekommen, um die Abwahl von Bürgermeister Dr. Franz Kahle durchzusetzen.

Fortsetzung von Seite 1
von Till Conrad

Marburg. 16 Sitze haben die Christdemokraten selbst im Parlament, 4 weitere Stimmen von der MBL/FDP-Fraktion sind eigentlich sicher. „Wir sind vor allem gespannt, wie sich die Bürger für Marburg verhalten werden, die im Wahlkampf Herrn Kahle noch scharf kritisiert haben“, sagte CDU-Fraktionschef Wieland Stötzel.

Die Bürger für Marburg sind nach der Wahl eine Zählgemeinschaft mit der SPD eingegangen, die wiederum mit den Grünen, der Partei des Bürgermeisters, in Koalitionsverhandlungen ge-

hen will. Fraktionsvorsitzende Andrea Suntheim-Pichler kündigte gegenüber der OP an, ihre Fraktion werde sich der Stimme enthalten. Angesichts der Tatsache, dass die CDU 30 Stimmen für ihren Antrag braucht, käme dieses Stimmverhalten einem „Nein“ gleich – allerdings versehen mit einem Fähnchen, an dem die Warnung steht „Füh dich bloß nicht zu sicher.“

Marburger Linke hat sich noch nicht entschieden

Suntheim-Pichler begründete die Haltung ihrer Fraktion damit, dass man noch kein Wort mit den Grünen über eine mögliche künftige Zusammenarbeit gesprochen habe und insofern offen sei, ob es die Koalition Grüne/SPD/Bürger wirklich gebe. „Seit der Kommunalwahl im März sind die Grünen nicht ein Mal auf uns zugekommen“, sagte Suntheim-Pichler.

Eine wichtige Rolle kommt der

Marburger Linken in diesem Pöcker zu. Fraktionschef Jan Schalauske bezeichnete den CDU-Antrag zwar als einen „durchsichtigen Versuch, die fragile neue Mehrheit zu testen.“ Über das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion sei aber noch nicht entschieden. „Einen Freibrief werden wir SPD, BfM und Grünen sicherlich nicht ausstellen“, sagte Schalauske. Wenn die aber auf die Marburger Linke zukomme und angesichts der knappen eigenen Mehrheit Gesprächsbedarf habe, werde man sich „Gesprächen sicher nicht verschließen“, sagte Schalauske. Will heißen: Wenn man sich auf gemeinsame Projekte in der Stadtentwicklung einigt, gäbe es die Ablehnung des CDU-Abwahlenantrags dazu. Entscheiden will die Fraktion auf ihrer Sitzung am Montag.

Die SPD hatte erst in der vergangenen Woche beschlossen, mangels ausreichender Gemeinsamkeiten mit der Mar-

burger Linken keine Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

Sollte die Marburger Linke tatsächlich dem Antrag der CDU zustimmen, würden nur noch zwei Stimmen an einer Mehrheit fehlen.

Ob SPD-Fraktionschef Matthias Simon angesichts einer in der SPD schwelenden Unzufriedenheit mit dem Bürgermeister die geschlossene Ablehnung des CDU-Antrags durch die Fraktionsmitglieder durchsetzen kann, ist durchaus nicht sicher.

Simon selbst war gestern Nachmittag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Kahle ist seit 2001 hauptamtliches Magistratsmitglied. Zunächst war er Stadtrat, seit 2005 ist er Bürgermeister. Seine Amtszeit läuft bis zum September 2017. Pikanterweise kam er selbst ins Amt des Stadtrats, nachdem die rot-grüne Mehrheit im Parlament die Amtsvorgängerin, seine Parteifreundin Ulrike Kober, abgewählt hatte.